

INNENSTADTMARKT WIEDER VERKLÜNGELT

CDU und SPD haben im Ordnungsausschuss Anfang Februar wieder eine Chance verpasst, die um einen Markt in der Innenstadt endlich zu einem guten Ende zu führen. Statt einem Antrag der PDS zuzustimmen, der die Einrichtung eines Frischemarktes an der Marktkirche vorsah, verwiesen sie auf die Diskussionen im Unterausschuss Innenstadtmarkt. Dieser Unterausschuss befasst sich seit Jahr und Tag mit der Einrichtung eines Marktes in der Innenstadt – ohne jedes greifbare Ergebnis. Vor allem EMG und EBE blockieren immer wieder mit teils nur noch skurril zu nennenden Argumenten.

Der von den Ratsfraktionen gebildete Unterausschuss hat zeitweilig mit einem täglichen „Feinschmeckermarkt“ mit qualitativ hochwertigen Lebensmitteln und fest installierten Ständen auf dem Kardinal-Hengsbach-Platz geliebäugelt. Diese Überlegungen sind jedoch wohl kaum noch umsetzbar. Bisher hat sich kein Betreiber gefunden.

Die PDS hatte demgegenüber einen Vorschlag der Bürgerschaft Essen-Stadtmitte e.V. und der Agenda-Arbeitsgruppe Stadtentwicklung für einen Wochenmarkt dienstags und freitags vor der Marktkirche aufgegriffen. Dabei geht es um einen Frischemarkt, der in erster Linie die Versorgung der Einwohner/innen in der Innenstadt verbessert. Die von der Bürgerschaft Essen-Stadtmitte gesammelten 1.000 Unterschriften haben deutlich gemacht, dass der Bedarf da ist.

Bürgerschaft und Agenda-Arbeitsgruppe planen jetzt öffentliche Aktionen. Ratsherr Werner Dieker (SPD) ficht das nicht an. Er hielt es als Vorsitzender des Ordnungsausschusses trotz ausdrücklicher Bitte und obwohl sie Antragsteller war noch nicht einmal für nötig, die PDS zur Sitzung des Unterausschusses einzuladen. Demokratische Beteiligung fällt manchen eben schwer – oder sollte man besser fragen wer da weiterklüngeln will und warum?

Gabriele Gieseke

„Cities für Peace“ unterstützen Gemeinsamer Antrag zum Irak-Krieg im Rat

Auf den letzten Platz der Tagesordnung im Öffentlichen Teil der Ratsitzung am Mittwoch, 26. Februar 2003, hat Oberbürgermeister Dr. Reiniger einen gemeinsamen Antrag von SPD, Grünen und PDS zum Irak-Krieg gesetzt. Es geht um die Unterstützung der US-Kampagne „Cities for Peace“, die inzwischen von 107 US-Städten unterstützt wird, darunter durchaus große wie Austin, Boston, Chicago, Philadelphia und San Francisco. Diese Städte haben sich in Resolutionen in den letzten Wochen gegen einen militärischen Angriff auf den Irak ausgesprochen und halten den Krieg für keine richtige Lösung. Ein kommunaler Bezug ist da, der Antrag kam auch nicht als letzter, also geht es wohl um den Inhalt.

Nach Auffassung der PDS, die den Antrag initiiert hatte, können sich in einer so wichtigen Angelegenheit wie der Frage von Krieg und Frieden die Kommunen nicht heraushalten. Der von inzwischen weit über 1.000 kommunalen Mandatsträger/innen unterstützte „Prignitzer Appell“ stellt richtig fest: „Entscheidungen, die oben getroffen werden, (berühren) in vielfacher Hinsicht kommunale

Belange direkt ... Dies gilt für die Steuer- und Finanzpolitik, die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik und vieles mehr.“ (Siehe „STADTROTINFO“ Nr. 16.) Und derzeit kommt die Auseinandersetzung in die entscheidende Phase. Die USA sind offensichtlich fest entschlossen, ihre Kriegsziele durchzusetzen – mit oder ohne UNO-Resolution. Der Truppenaufmarsch ist abgeschlossen.

Ob die Bundesregierung bei ihrer Position bleibt, sich nicht zu beteiligen, wird sich noch erweisen müssen. Eine indirekte Beteiligung ist durch die Gewährung von Überflugrechten, die Nutzung der US-Standorte und den geplanten AWACS-Einsatz sowieso gegeben. Kritik an den Kriegszielen der USA ist ohnehin kaum zu hören. Ziel der USA ist es ja nicht, ihre Armee unbedingt zum Einsatz zu bringen. Ziel sind die Entwaffnung des Irak, der Sturz Saddam Husseins und eine Neuordnung der gesamten Region. Dabei wollen die USA die Region offensichtlich lange militärisch besetzen.

Die Absicht der USA, das Regime von Saddam Hussein durch einen US-General zu ersetzen macht dabei besonders deutlich,

Fortsetzung auf Seite 2 ➔



Eine halbe Million Menschen demonstrierten am 15.2.2003 in Berlin gegen den Irak-Krieg. Zwei Wochen vorher hatten in Essen schon 1.000 Kriegsgegner/innen an einer Kundgebung in der Innenstadt teilgenommen. Das Essener Friedensforum und viele andere Organisationen und Gruppen rufen für den 1. März 2003, 11.00 Uhr, Porschekanzel zu einer Demonstration auf.

worum es geht. Es geht um nicht weniger, als ein System von Staaten erster, zweiter und dritter Ordnung zu schaffen. Und wenn die Staaten dritter Ordnung nicht spüren – obwohl das Regime Saddam Hussein ja mit US-Milliarden aufgebaut wurde – werden ihre Chefs halt ersetzt, auch durch „Präventivschläge“, die etwas von den alten Missionskriegen haben. Von den Unionsparteien und der FDP gibt es keine Kritik daran. Und von Rot-Grün ist abgesehen von dem „Nein“ zu militärischer Gewalt auch nicht viel dazu zu hören.

Um so wichtiger ist es, „von unten“ die Diskussion und Auseinandersetzung zu entwickeln. Dafür steht der Ratsantrag. Die Stadtspitze wird darin auch aufgefordert, auf Schulleitungen einzuwirken mögliche Protestaktionen von Schüler/innen während der Unterrichtszeit nicht zu ahnden, sondern als Teil der Friedenserziehung zu tolerieren.

Wolfgang Freye

ANTRAG: UNTERSTÜTZUNG DER „CAMPAIGN FOR PEACE“

Der Rat der Stadt Essen hält militärische Gewalt für kein „normales“ Mittel der politischen Auseinandersetzung. Er begrüßt und unterstützt die „Campaign for Peace“ von inzwischen 90 US-Städten, die von der US-Regierung eine Absage an einen Angriff auf den Irak fordern. Ein solcher Angriff würde unzählige Menschenleben kosten und den Nahen Osten in einem bisher nicht absehbaren Ausmaß destabilisieren. Der Rat der Stadt Essen hält eine Ausweitung der Tätigkeit der UN-Inspektoren für angemessen, um die Entwaffnung des gegenwärtigen irakischen Regimes zu überprüfen.

Der Rat der Stadt Essen begrüßt und unterstützt das Engagement etlicher Initiativen, Gruppen und vieler Einwohner/innen gegen einen militärischen Angriff auf den Irak auch in Essen. Er bittet die Schulleitungen, gegen Schüler/innen, die sich während der Unterrichtszeit an Protestaktionen gegen den Krieg beteiligen, nicht disziplinarisch vorzugehen. Solche Aktionen können ein wichtiger Bestandteil einer Erziehung zum Frieden sein.

SPD-Fraktion,
Grüne-Ratsfraktion,
PDS-Gruppe

Ganztagsschule für alle

Kritik an „offener Ganztagsschule“ der Landesregierung nimmt zu

Auf Antrag der Grünen-Fraktion wird sich der Essener Stadtrat am 26. Februar 2003 mit der von der Landesregierung beschlossenen „offenen Ganztagsschule“ befassen. Die Grünen wollen eine Resolution an die Landesregierung mit Verbesserungsvorschlägen zur offenen Ganztagsschule vorlegen. Einer alten Unsitte des Essener Stadtrates folgend liegt der Text der Resolution auch drei Tage vor der Sitzung noch nicht vor. Worum geht es?

Die Landesregierung will bis 2007 erreichen, dass jeder vierte Grundschüler eine Nachmittagsbetreuung erhält. Der Einstieg in das „Offene Ganztagsschule“ genannte Programm soll ab dem Schuljahr 2003/04 erfolgen. „Offen“ heißt in diesem Zusammenhang, dass es den Eltern freigestellt ist, ob sie ihr Kind zur Ganztagsgrundschule anmelden oder nicht. Nachmittags soll demzufolge auch kein Unterricht stattfinden, sondern eben eine „Betreuung“ organisiert werden, für die noch nicht mal Qualitätsstandards festgeschrieben sind. Um das Angebot zu finanzieren sollen die Kommunen u.a. Hortplätze abbauen.

Auf einer gut besuchten Veranstaltung in der VHS-Reihe „Essen kontrovers“ am 11. Februar 2003 mußte sich der Vertreter der Landesregierung heftige Kritik am Erlass der Landesregierung anhören. So wandte sich die Essener Sozialdezernentin Hock gegen die von oben aufgezwungene Auflösung von Horten. Dafür fand sie viel Unterstützung der Anwesenden. In den Horten kümmerst sich bisher eine Fachkraft um zehn Kinder, zukünftig werden es 25 Kinder sein, entsprechend den Klassenstärken. Zusätzlich zum Qualitätsverlust bedeutet diese Regelung den Einstieg der Kommunen in die Finanzierung des Schulpersonals, kritisierte die Sozialdezernentin die Landesregierung. So werden weitere Kosten auf die Kommunen abwälzt. Gelder, die für eine ganztägige Kinderbetreuung durch die Ganztagsschule eingespart werden könnten, sollten in den Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren gesteckt werden.

Die Bildungsqualität sei nur durch eine gebundene Ganztagsschule – also alle Kinder einer Klasse werden verpflichtend einbezogen – zu heben. Spätestens nach der Pisa-Studie ist klar, dass Schüler aus Ländern mit obligatorischen Ganztagschulen besser abschneiden. Gertrud Greiling von Grundschulverband NRW stellte anschaulich dar, dass nur dann der Lernprozess tatsächlich durch differenzierteren Unterricht verbessert werden kann, wenn alle Kinder einbezogen werden. 1 ½ Lehrkräfte und ½ sozialpäd-

agogische Kraft pro Klasse würden dafür mindestens benötigt, so die Forderung von Gertrud Greiling. Nur ein qualitativ hochwertig organisierter Lernprozess mache Kindern Spaß und überzeuge diejenigen Eltern, die der Ganztagschule bisher skeptisch gegenüber stehen.

Obwohl zweifelhaft ist, ob die bisherige Qualität der Betreuung durch Horten auch nur gehalten werden kann, ist sicher, dass die Eltern zahlen sollen. Im Gespräch sind Kosten von 100 Euro pro Monat plus 50 Euro für die Verpflegung. Damit ist klar, dass es gerade für diejenigen, die wenig Geld haben, eine hohe Hürde für die Anmeldung ihrer Kinder gibt. Eine solche Ganztagschule ist kein Betrag zur Chancengleichheit. In Essen würde das vorhandene Bildungsgefälle zwischen Nord und Süd weiter zementiert,



vor allem die besondere Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund fände nicht im notwendigen Umfang statt.

Schuldezernent Scheytt wies darauf hin, dass auch der Städtetag die Landespläne als „Ganztagsschule light“ ablehnt. In Essen arbeitet seit Januar eine Arbeitsgruppe aus Fachleuten des Schul- und Jugendamtsbereiches sowie freier Träger, die ein Konzept für Essener Verhältnisse entwickeln sollen. Dabei soll in Essen – entsprechend einem einstimmig gefassten Ratsbeschluss – der Ganztagsbetrieb nicht aus einer bloßen Unterrichtsverlängerung bestehen, sondern qualitativen Anforderungen Rechnung tragen.

Um hier den notwendigen Druck von unten zu organisieren, gründete sich am 18. Februar 2003 eine Initiative „Jugend, Erziehung, Bildung und Gesundheit“. Dort arbeiten Eltern und interessierte Leute u.a. aus Kinderhorten, Schulen, Verbänden und Parteien zusammen. Der Arbeitskreis will zunächst die Durchsetzung eines Angebotes von gebundenen Ganztagschulen erreichen. Daneben sollen auch Themen wie die Wiedereinführung eines Schulumilchfrühstückes, Bewegungstraining, sowie die Förderung von Lese- und Sprachkompetenz aufgegriffen werden. Die PDS-Ratsgruppe wird in dem Arbeitskreis mitarbeiten und seine Anliegen unterstützen. Gabriele Giesecke

PLANUNGSAUSSCHUSS

Vorkaufsrecht für „Neue Mitte“

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Planung hat der Firma Mediconsult AG Düsseldorf ein Vorkaufsrecht für die städtischen Grundstücke am Erbach eingeräumt, auf denen möglicherweise eine „Neue Mitte“ Haarzopf entstehen soll, ein neuer Ortskern. Damit hat sich der Planungsausschuss sowohl über Diskussionen vor Ort hinweggesetzt wie über einen einstimmigen Beschluss der Bezirksvertretung III, die eine öffentliche Ausschreibung gefordert hatte.

Der mögliche Investor, Peter G. Reichelt, hat seine Planungsvarianten in Haarzopf zwar gemeinsam mit Ratshern Bothe (SPD) auf einer Bürgerversammlung vorgestellt. Sie stießen jedoch auch bei den meisten Befürwortern eines neuen Ortskerns auf deutliche Kritik. Die vorgestellten Planungsvarianten gingen von großen „Betonklötzen“ aus, die nicht zur übrigen Bebauung und zum ländlichen Charakter Haarzopfs passen. Fraglich ist, welche Geschäfte sich in Haarzopf angesichts der Nähe des Rhein-Ruhr-Zentrums halten können.

Immerhin hat die Kritik zu Diskussionsbereitschaft geführt. Herr Reichelt hat inzwischen Kontakt zur Bürgerinitiative Haarzopf aufgenommen. Wenn, dann sollte sich ein neuer Ortskern Haarzopf an einer Art „Hundertwasser-Architektur“ wie in Wülfrath oder an Düsseldorf-Kaiserswerth orientieren. Ein solcher Vorschlag der PDS stieß bei der Bürgerversammlung auf viel Zustimmung.

Wolfgang Freye

Berliner Platz bleibt „Chefsache“

Die Planung des Berliner Platzes bleibt wohl alleinige Sache von OB Dr. Reiniger. Während der WAZ offensichtlich ein Gutachten über die Kaufkraftverschiebungen durch ein neues Einkaufszentrum am Berliner Platz vorliegt, weiß die Verwaltung im Ausschuss Stadtplanung von nichts. Es sieht ganz danach aus, als solle auf „höchster Ebene“ alles soweit ausgehandelt werden, dass Ausschuss und Rat nichts anderes mehr bleibt als der fertigen Planung zuzustimmen. Von den Workshops zur Zukunft des Berliner Platzes, von der gesamten Bürgerbeteiligung bleibt rein gar nichts mehr übrig. Deutlicher kann die CDU nicht machen, wie viel ihr die Meinung der Essener Bürger wert ist. Mit dem Bau der „Essener Arcaden“ würde die CDU da anknüpfen, wo die SPD gescheitert ist: An der „Arroganz der Macht“.

Heinrich Hellwig

Verkehrskonzept Zollverein

Auf Antrag des Stadtplanungsausschusses legte die Verwaltung in der Februarsitzung

ein Verkehrskonzept für das Weltkulturerbe Zollverein vor. Erfreulich an diesem Konzept ist zum Einen, dass die Verwaltung von realistischen Zahlen ausgeht und größere Straßenbaumaßnahmen nicht für notwendig hält. Zum Anderen sind auch die ÖPNV-Varianten durchaus interessant und eine P+R Anbindung an die A42 durchaus wünschenswert. Doch das Verkehrskonzept der Verwaltung geht bei ihrem bevorzugten Konzept vom Weiterbau der A52 mit einer Abfahrt Zollverein aus. Ein Verkehrskonzept für das Weltkulturerbe zu nutzen, um den Weiterbau der A52 zu propagieren, kann nicht Sinn dieser Sache sein. Es wäre ein schlechter Witz, wenn etwa die Methaform-Ausstellung, die an 5 Prozent aller Tage für ein höheres Verkehrsaufkommen sorgt, als Argument für eine unnütze Autobahn erhalten müßte.

Heinrich Hellwig

BEZIRKSVERTRETUNG III

Spielplatz Helmholtzplatz aufwerten

Auf Initiative der PDS hat die Bezirksvertretung III im Januar etwas mehr Nachdruck hinter dringend notwendige Verbesserungen auf dem Spielplatz Helmholtzplatz in Essen-Altendorf gesetzt. Die Verwaltung wurde aufgefordert, über die mit den Spielplatzpaten vereinbarten Maßnahmen zu berichten.

Anwohner hatten u.a. den PDS-Vertreter angesprochen, weil mehrere Geräte auf dem Spielplatz nicht mehr funktionsfähig sind und das Dach eines Holzhauses und ein Balancierbalken so gesplittert sind, dass sich Kinder verletzen können. Nicht ungefährlich und heute wahrscheinlich nicht mehr zulässig ist auch die Verwendung von Ytong-Steinen unter Spielgeräten. Der Spielplatz hat seit dem Sommer Spielplatzpaten, mit denen eine Planung zur Umgestaltung des Spielplatzes besprochen wurde.

Wolfgang Freye

Autos wichtiger als Kinder?

Für ein richtiges Ärgernis sorgt eine Ampelschaltung an der Haus-Berge-Straße am Jahnplatz in Essen-Altendorf. Der AWO-Kindergarten hat in einer Eingabe schon vor Monaten darauf hingewiesen, dass viele Kinder Angst haben, die Ampel zu benutzen, weil sie oft während des Übergangs auf rot schaltet. Der Runde Tisch Jahnplatz wies darauf hin, dass die Ampel an der viel befahrenen Straße auch für ältere Leute ein Problem ist. Trotzdem lehnte die Verwaltung ab. „Die sieben Sekunden Grünzeit sind vollkommen ausreichend ...“, heißt es in einer Stellungnahme des Tiefbauamtes.

Auch ein auf Antrag des PDS-Vertreters gefasster Beschluss, indem sich die Bezirks-

vertretung III für eine Verlängerung der Ampelschaltung aussprach, wurde vom Tiefbauamt zurückgewiesen. Dem Amt obliegt die Verkehrssicherungspflicht. Dabei geht es offensichtlich auch darum, dass die Haus-Berge-Straße eine wichtige Durchgangsstraße ist. Sind Autos also wichtiger als Kinder? Jetzt soll ein Ortstermin stattfinden, bei dem der Verwaltung die Situation noch einmal verdeutlicht werden soll.

Etwas erfolgreicher waren zwei andere PDS-Anträge zur Situation am Jahnplatz. Wie von Anwohner/innen gewünscht, soll die Buschhauser Straße wieder in die Straßenreinigung aufgenommen werden. Weiterhin sollen an der Ecke Haus-Berge- und Buschhauser Straße Blumenkübel aufgestellt werden, um das behindernde, wilde Parken einzudämmen. Die Kübel werden von Anwohner/innen selbst gepflegt.

Wolfgang Freye

TERMINE

Samstag, 1. März

Essener Friedensforum: Kundgebung und Demonstration gegen den Irak-Krieg, 11.00 – 13.00 Uhr, Porschekanzel

Dienstag, 4. März

PDS-Arbeitskreis Kommunalpolitik, 19.30 Uhr, PDS Büro, An St. Marien 1

Mittwoch, 5. März

Steeler/Krayer Kriegsgegner: Nein zum Irak-Krieg, Veranstaltung mit Clemens Ronnefeldt, Internationaler Versöhnungsbund, 19.30 Uhr, Grend, Westfalenstr. 211

Donnerstag, 6. März

Altenessener Initiativen gegen Krieg: Kundgebung, 13.30 – 14.30 Uhr, Kaiser-Wilhelm-Park

Samstag, 8. März

Gleichstellungsstelle: Antonias Welt, Filmvorführung und Empfang zum Internationalen Frauentag, 14.30 Uhr, Eulenspiegel, Steeler Str. 208

Sonntag, 9. März

DKP: Matinee zum internationalen Frauentag, 11.00 Uhr, Zeche Carl

Montag, 10. März

PDS-Ratsgruppe. 18.30 Uhr, PDS-Büro, An St. Marien 1

Dienstag, 11. März

Essen Kontrovers: Diskussion zu Kommunal Finanzen, 19.00 Uhr, VHS, Hollestr. 1

Montag, 17. März

Bezirksschüler/innenvertretung: Schülerdemonstration gegen den Irak-Krieg, 12.00 Uhr Sternmarsch, 13.00 Uhr Kundgebung, Kennedy-Platz
PDS-Ratsgruppe. 18.30 Uhr, PDS-Büro, An St. Marien 1

Montag, 24. März

PDS-Ratsgruppe. 18.30 Uhr, PDS-Büro, An St. Marien 1

UMTS-Karte demnächst im Internet

Kleine Bilanz der Aktivitäten in den Ausschüssen des Rates

Für knapp 50 Milliarden Euro erstiegen sechs Mobilfunkbetreiber die UMTS-Lizenzen in Deutschland. Mitte des Jahres 2001 bildeten sich erste Bürgerinitiativen, die meisten im Süden der Republik, die auf die Gefahren dieser neuen Mobilfunkgeneration hinwiesen. Einen Wald von über Fünfzigtausend Sendeanlagen erfordert dieses neue Netz. Im August 2001 brachte die PDS Gruppe diese Problematik als erste Partei auf die Tagesordnung des Rates. Der Antrag der PDS wurde an die Ausschüsse Gesundheit und Umwelt und Stadtplanung und -entwicklung verwiesen. Inzwischen mit viel Zähigkeit dort einiges in Bewegung gekommen – befriedigend ist die Situation jedoch nicht.

Während bereits die ersten Sendeanlagen auf Privathäusern errichtet wurden, verhielt sich die Verwaltung lange recht still und ließ den Dingen ihren Lauf. Erst gegen Ende des Jahres 2001 gab es einen „Letter of intent“ (also eine Absichtserklärung) mit einem Braunschweiger Ingenieurbüro über die Vermarktung der öffentlichen Gebäude für die Aufstellung von UMTS-Sendeanlagen.

Als immer deutlicher wurde, dass die Verwaltung nicht bereit war, tätig zu werden, begann für unsere Vertreter in den Ausschüssen der lange Weg „durch die Instanzen“. Die PDS stellte im Februar sowohl im Ausschuss für Gesundheit und Umwelt als auch im Stadtplanungsausschuss Anträge zur Sendemasten-Problematik. Die Anträge umfassten vier wesentliche Punkte: Eine Kartographierung aller Sendeanlagen in Essen, eine Erfassung der Abstrahlwerte dieser Anlagen, eine Überprüfung der baurechtlichen Einflussnahme auf die Installation auf privaten Gebäuden und die Veröffentlichung all dieser Ergebnisse.

Die Verwaltung, aber auch Vertreter von CDU und SPD reagierten massiv auf diese Anträge. „Panikmache“ lautete der Vorwurf. Die Möglichkeit, baurechtlich Einfluss auf die Standorte zu nehmen, wurde rundweg abgelehnt. Es dauerte jedoch nur wenige Wochen, bis das Landesministerium für Arbeit und Wohnen, Sport und Kultur zu einer gänzlich anderen Ansicht gelangte: Sendeanlagen seien, wenn sie auf Gebäu-

den errichtet werden, sehr wohl genehmigungspflichtig und zwar in Hinblick auf Planungsrecht, Abstandsflächen, Standsicherheit, in Fragen des Denkmal- und Brandschutzes. Die Verwaltung ruderte zurück, leugnet aber nach wie vor die Genehmigungspflicht für alte Anlagen. Das sehen andere Städte anders.

Auf der Sitzung des Ausschusses Gesundheit und Umwelt (AGU) vom 17. September 2002 wurden der Verwaltung nochmals einige Prüfaufträge erteilt, diesmal auf Antrag der Grünen. Diese wurden dann auch in der letzten Sitzung vorgelegt, allerdings erst nach erneuter Forderung nach Sachstandsbericht durch die PDS-Vertreterin.

Die Forderung der PDS nach Veröffentlichung der Standorte der UMTS Anlagen wird nun endlich im März zumindest im Internet realisiert werden, damit sich alle Einwohner/innen informieren können. Denn trotz anders lautender Aussagen der Verwaltung war dies bisher nur sehr eingeschränkt möglich. Übrigens war das auch ein Antragspunkt der PDS, der von CDU und SPD im Planungsausschuss ebenso abgelehnt wurde wie der Antrag der Grünen, die die Forderung aufgegriffen hatten, die UMTS-Standorte in den Flächennutzungsplan aufzunehmen.

Darüber hinaus zeigte sich wiederum die Ignoranz der Verwaltung, die sich immer noch außerstande sieht, die maximal mögliche Einflussnahme auch auszuschöpfen. So hat der Runderlass des Ministeriums für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport vom 10. Oktober 2002 unter dem Punkt „planerische Steuerung von Mobilfunkanlagen“ die Aufnahme von Konzentrationsflächen für Mobilfunkanlagen in den Flächennutzungsplan und den Bebauungsplan ausdrücklich erwähnt, was zu wesentlich mehr Einflussmöglichkeiten führen würde. Darüber hinaus weist dieser Erlass auf die Möglichkeiten der Gestaltungssatzung hin, also das „Wie“.

Fazit: Was erwarten wir von unserer Stadt? Ist es blauäugig zu erwarten, dass eine Stadt, die sich mit dem Attribut „bürgerfreundlich“ schmückt, das Möglichste tut, um Gesundheitsgefahren abzuwenden oder zumindest auf ein Minimum zu reduzieren und bei noch nicht völlig einschätzbaren Gefahren die weitestgehendste Prophylaxe zu betreiben? Andere Städte nehmen ihre Aufga-

be ernster. Dazu gehört auch, dass wir der CDU-Stadtführung – deren einziges Interesse das Geld zu sein scheint – zeigen, dass wir aktiv teilnehmen am Leben unserer Stadt und uns die Trägheit und das Desinteresse der Mandatsträger nicht länger gefallen lassen. *Margot Hellwig, Heinrich Hellwig*



BEZIRKSVERTRETUNG III WILL WIEDERERÖFFNUNG VON OASE UND NÖGGERATHBAD

Über 200 Neugierige und Unterstützer/innen beteiligten sich am 21. Februar 2003 an einer von der Bürgerinitiative West organisierten Lichteraktion am Nöggerathbad. Sie forderten die Wiederöffnung des Bades und eine Korrektur der Essener Bäderpolitik. Dem trug jetzt auch die Bezirksvertretung III Rechnung. Auf ihrer letzten Sitzung beschloss sie mit den Stimmen von SPD, Grünen und PDS drei Punkte:

1. Die Verwaltung wird aufgefordert, die Planung und Realisierung eines Außenbeckens an der ‚Oase‘ sofort einzustellen.
2. Die Verwaltung wird weiterhin aufgefordert, die Surfswelle zurückzubauen und den Zustand des Bades vor Baubeginn wieder herzustellen, sobald sie die Oase wieder uneingeschränkt übernehmen hat.
3. Für die Freibadsaison 2003 ist das Nöggerathbad wieder in Betrieb zu nehmen.“

Nach dem Desaster um die Oase – die Stadt darf nach monatelangem Rechtsstreit mit dem Oase-Pächter ihr Freizeitbad jetzt endlich wieder betreten – will die Ratsmehrheit jedoch immer noch nichts von einem neuen Bäderkonzept wissen. Im Sport- und Bäderausschuss lehnte die CDU-Mehrheit ähnliche Forderungen ab. Möglicherweise muss der Bezirk III, mit 100.000 Einwohner/innen der größte Bezirk in ganz NRW, also noch längere Zeit ohne ein einziges Bad auskommen. *Wolfgang Freye*

IMPRESSUM

STADTROTINFO, Zeitung der PDS
Offenen Liste im Rat der Stadt Essen
An St. Marien 1, 45141 Essen.
Tel. 0201-8602904, Fax 0201-8602906

Internet: www.pds-essen-im-rat.de
E-Mail: bueroe@pds-essen-im-rat.de

Bestellschein: Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der PDS-Gruppe im Rat der Stadt Essen erhalten. Bitte schicken Sie das **STADTROTINFO** kostenlos und unverbindlich an folgende Anschrift:

Name, Vorname

Straße

PLZ / Ort

(Bestellungen auch telefonisch möglich unter: 0201 / 860 29 04)